



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/35 - 11.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Die Hoffnung der Militaristen	S. 1
Das italienische Antifaschistengesetz	S. 3
Nachklang zur Wehrdebatte	S. 5
Ostpreussische Einheitspraxis	S. 7

Wieder "schwarze Reichswehr?"

rd. Generale a.D., in Zivil mit Monkel, sassen auf der Tribüne des Bundestages und hörten mit grossem Interesse der Wehrdebatte zu, während im Plenum Regierung und Regierungskoalition die antibolschewistische Karte spielten. Der Bundeskanzler allen voran malte mit innerem Behagen und äusserlicher Besorgnis ein gespenstisches Bild von russischen Angriffsdivisionen - er sagt konstant "Divisionen" - und Frau Brauksiepe aus seiner Fraktion versah dieses Bild mit dem grellen Licht des "Frau komm". Es war herrlich gruselig; herrlich, weil es so wirksam die wahren Absichten der Akteure hinter realen Sorgen und Erfahrungen der deutschen Bevölkerung versteckte, für ihr Verhalten die Angst mobilisierte. Leute, schützt euch vor den Hunnen!

Wie war das eigentlich, zu der Zeit, als sich auf den weiten ostpreussisch-pommerschen Gütern die Reste der kaiserlichen Armeen, das Sammelsurium beruflich nicht vorbereiteter oder untauglicher oder auch arbeitsunwilliger Elemente in der "schwarzen Reichswehr" zusammenfanden? Schufen sich nicht damals die beschäftigungslosen alten Offiziere auf ihren Gütern eine "treudeutsche" irreguläre Privatarmee? Einmal musste doch Deutschland wieder wehrhaft werden, musste es zurückgreifen auf sein bewährtes Führerkorps und dann hatte man das "äh, äh" wenigstens nicht verlernt, wusste man noch das Monkel zu tragen und wie das Frontschwein anzureden war. Auch diese Leute formierten sich und zogen

schliesslich in den antibolschewistischen Kampf gegen die Hunnen
- ins Baltikum.

Bitte kein Missverständnis, damals wie heute haben die Annexionsbestrebungen unserer Nachbarn, und die rechtliche und materielle Schwäche Deutschlands aus dem Willen dieser Nachbarn, diesen Leuten den Vorwand geliefert, den Schutz der deutschen Grenzen auf eigene Faust und auf eigenes Risiko wahrzunehmen. Das war ein echtes Anliegen, nicht anders als jenes der Regierungsparteien heute, und doch hatte es Konsequenzen, die mit den Fememorden begannen und über die Beseitigung der geschwächten Demokratie zur Katastrophe des zweiten Weltkrieges führten. Das waren "Freiwillige" unter Führung der alten Offiziere - das wirkliche Frontschwein von 1914-18 hatte die Schnauze zu voll, um noch Soldat zu "spielen" und genau so ist es heute.

Aber der präsumtive Soldat, der Arbeiter von heute, hat nicht das Gefühl, dass es primär um Deutschland geht, weder den deutschen Militaristen, noch den westlichen Alliierten. Er spürt, hier geht es mehr um das deutsche technische und menschliche Potential, das niemand dem Gegner zuwachsen sehen möchte. Es ist schon zu oft erklärt worden, dass wir uns für die westlichen Lebensformen entschieden haben. Aber heisst das, dass wir uns auf Gedeih und Verderb dem Geschick oder Ungeschick der westlichen Politiker und Diplomaten ausliefern sollten, ohne Aussicht über unser eigenes Geschick ein massgebliches Wort mitzureden; uns als Front und als Frontschwein in die vorderste Feuerlinie schicken zu lassen, "eingesetzt", aber nicht um die Notwendigkeit und Risiko des Einsatzes gefragt? Wir haben keinen Anlass zu einem Angstbekenntnis für eine Fremdenlegion, die dem Schutze fremder Vaterländer dient. Unser Beitrag muss aus einer zustimmenden Entscheidung des ganzen Volkes kommen, das die Verteidigung vorhandener sozialer Sicherheiten für notwendig hält. Die Gemeinsamkeit der Not gestattet keine Zweitrangigkeit der Nationalitäten.

"Das sind Selbstverständlichkeiten" hörte man den Kanzler sagen, "die kommen ganz von selbst". Wirklich? Warum verhandelte man dann diese Selbstverständlichkeiten nicht zuerst und stritt sich später über die Differenzpunkte? Acheson und Schuman haben den Kanzler eindeutig widerlegt. Sie denken nicht daran, diese Selbstverständlichkeiten zu gewähren.

Aber der Altersstarrsinn will seine Soldaten haben. "Freiwillige" und ohne Wehrgesetz. Um das Palais Schaumburg sind graue Uniformen beliebter als blaue und schliesslich ist der deutsche Wehrbeitrag ja nicht umsonst seit anderthalb Jahren versprochen. Die Opposition hat gewarnt. Sie wird sich wehren, wie einstmals bei Kepp. Sie sieht sie schon wieder aufmarschieren, die Äh, Äh's, die Monokel, die freudig aufglitzerten, wenn sie an den reservierten Tischen einiger Industrieller in Bundestagsrestaurant vorbeimarschierten. "Äh, Äh Kamerad, wenn wir marschieren - freiwillig natürlich - dann ist es mit dem Spuk der Sozialisierung, der Mitbestimmung, Gewerkschaften u.ä. bald vorbei. Streik, Opposition? Pah, wir sind doch Soldaten!"

Diese Ewig-Geztrigen vergessen nur: Diese Rechnung geht nicht auf, sie ist ohne den Wirt, ohne das deutsche Volk gemacht, diesmal wird sich die deutsche Demokratie nicht überfahren lassen.

Zweifelhaftes Abschreckungsmittel

v.sch.Rom

Die Regierung de Gasperi hat mit Mühe im Senat eine Gesetzesvorlage durchgesetzt, die eine Neubildung der faschistischen Partei durch Androhung schwerer Strafen verhindern soll. Sie stiess dabei auf Widerstände und Einwendungen von den verschiedensten Seiten. Natürlich wollte die Rechte nichts davon wissen, denn die Monarchisten haben ihr Bündnis für die bevorstehenden Gemeindewahlen im Süden mit den Neofaschisten der "Sozialbewegung" bereits fix und fertig. Aber auch die Kommunisten, die sich sonst als die entschiedendsten Feinde des Faschismus empfehlen und der Regierung dauernd Nachgiebigkeit und Schwäche gegenüber dem Neofaschismus vorwerfen, witterten instinktiv eine Gefahr für sich selbst. Denn sie wissen sehr wohl, obgleich sie das Wort "Demokratie" dauernd für ihre Zwecke in Anspruch nehmen, dass sie mit dem Faschismus seelenverwandt sind und dass jedes Gesetz gegen totalitäre Bestrebungen von rechts logischerweise früher oder später den Ruf nach einem ähnlichen Gesetz gegen sie selbst auslösen wird.

Darin liegt in der Tat die Problematik jeder Gesetzgebung, durch die eine Demokratie sich gegen Parteien zur Wehr setzt, die die demokratischen Grundsätze und Einrichtungen nur missbrauchen wollen, um sie dann zu vernichten und einen Diktaturstaat zu errichten. Lässt sich eine solche Abwehr moralisch rechtfertigen, wenn sie einseitig bleibt?

Die deutsche und italienische Demokratie stehen gegenwärtig vor demselben Problem, allerdings mit zwei grossen Unterschieden: mögen die Schandtaten der Schwarzhemdenpartei hier noch so zahlreich sein und mag ihre historische Schuld noch so schwer wiegen, Mussolinis Faschisten waren relativ harmlos, verglichen mit den Folterknechten und Massermördern, die Deutschlands Namen geschändet haben. Die Versuche der SRP, das Hitler-Regime zu verherrlichen und seinen Geist wieder aufleben zu lassen, müssen im Keime erstickt werden, um Deutschland neue abgrundtiefe Schmach und neues namenloses Unheil zu ersparen. Ein anderer wesentlicher Unterschied besteht darin, dass in der Bundesrepublik die Kommunisten wenig bedeuten. In Italien dagegen

stellen die Kommunisten mitsamt ihren Satelliten mindestens ein Drittel der Gesamtbevölkerung dar. Sie sind viel zu stark, als dass der demokratische Staat ihre Bewegung für ungesetzlich erklären könnte - jedenfalls nicht in Friedenszeiten.

Aber gilt dasselbe nicht bereits in sehr erheblichem Masse schon für die Neo-Faschisten? Wenn man damit die M.S.I., die Italienische Sozialbewegung, treffen will, kommt das Gesetz reichlich spät, wahrscheinlich zu spät. Auch sie sind jetzt eine starke Partei, nach den Christlich-Demokraten und den Kommunisten, wohl die drittstärkste Partei im Lande, vermutlich schon etwas stärker als die Sozialdemokraten. Bei den Gemeindewahlen in Nord- und Zentralitalien erlangten sie vor acht Monaten etwa zehn Prozent der Stimmen, und bei den kommenden Wahlen im Süden und in Sizilien dürften sie, zumal aufgrund ihres Bündnisses mit den Monarchisten, noch besser abschneiden. Ausserdem wird die M.S.I., mag sie noch so eindeutig die Erbin der Faschistenpartei Mussolinis sein, vor Gericht immer (und wahrscheinlich mit Erfolg) bestreiten können, dass sie mit ihrer Vorgängerin identisch sei: schon jetzt betont sie mit einem Eifer, der allerdings nur taktischen Erwägungen entspricht, dass sie ganz im Gegensatz zu Mussolinis Partei das totalitäre Einparteiensystem ablehne...

Das neue italienische Antifaschistengesetz dürfte daher bestenfalls als Abschreckungsmittel wirken - und selbst das ist zweifelhaft - also die "Missinis" veranlassen, zunächst etwas Wasser in den Wein ihrer Rehabilitierungspropaganda für das gestürzte Regime Mussolinis zu giessen, aber praktisch wird es ein Schlag ins Wasser bleiben. Liberale Parlamentarier und Zeitungen haben es bekämpft, teils aus Gründen der "Rückversicherung", teils weil sie es wirklich für unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen hielten, eine politische Bewegung gesetzlich zu verbieten. Aber auch die Mehrheit hat ohne Begeisterung dafür gestimmt, eben weil sie seine praktische Wirksamkeit bezweifelt. An dem weiteren Vormarsch der M.S.I. dürfte es doch nicht viel ändern.

+ + +

Das steht nicht im Bundestagsprotokoll

-x. Dem Rundfunkhörer ist in der Bundestagsdebatte um den Wehrbeitrag vieles unverständlich geblieben, aber er mag sich trösten, selbst dem direkten Zuhörer wurde nicht alles klar, denn da spielen Besprechungen des Ältestenrates, des Geschäftsordnungsausschusses, vorliegende Anträge und Gesetze eine Rolle, Vorgänge und persönliche Erlebnisse, die den Abgeordneten bekannt sind und auf die Bezug genommen wird. Allerdings müssen sie dem Zuhörer das Verständnis erschweren. Schon, dass er nicht sieht, macht ihm manche Situation, die sich in Geräuschen ausdrückt, etwa in Lachsalven und Protesten, unverständlich. Er kann es auch nicht in den Zeitungen nachlesen, denn all' das steht nicht im Protokoll.

+

Da hörte man z.B. das frenetische Protestieren der KP - die den Kanzler kaum einen Satz zu Ende reden liess. Das war glatte Obstruktion. Aber sie war kaum zu verhindern, solange sich die KP bei ihren Aktionen an die Geschäftsordnung hielt und sich auf erlaubte Zwischenrufe beschränkte. Die Achtung vor dem Amt des Kanzlers sollte der politischen Selbstachtung des deutschen Volkes entsprechen. Wen wundert es, dass eine solche bei den Kommunisten nicht gibt. Aber man sollte auch nicht erwarten, dass es noch heute zugeht, wie in Reichstag unter Adolf: Achtung, Hände an die Hosennaht, der Kanzler spricht.

Zum kommunistischen Spektakel während der Kanzlerrede stand im stärksten Kontrast die beispiellose Ruhe bei der Rede Reimanns. Die Ursache? Der Saal war leer - wer will sich denn die KP-Plattitüden noch anhören? Aber das war am Lautsprecher nicht zu bemerken.

+

Der Hörer konnte auch nicht das allgemeine Schmunzeln über den Zusammenstoss zwischen Kanzler und Bundestagspräsidenten bemerken, als Dr. Adenauer den Dr. Ehlers wegen der vielen Zwischenrufe der KP zum zweiten Male zensierte und Ehlers den Kanzler an seine Gedächtnisschwäche erinnernd feststellte: er habe bereits vor einer halben Stunde angedreht, der KP die Zwischenrufe auf die Redezeit anzurechnen. Es war ein köstliches Bild, Konrad mit den mongolisch-kantigen Zügen, der Mund ärgerlich verkniffen und über ihm thronend Ehlers, das massige Kinn auf die Brust gestützt, ein verschmottzt lächelnder Buddha. Er sah auch nicht das weitverbreitete Lächeln und den aufkommenden Ärger in der Regierungskoalition um ein kleines "s", als Carlo Schmid sich (absichtlich) versprach und aus dem Generalvertrag einen Generalvertrag machte. Ebenso wenig war aus dem Lautsprecher das allgemeine Schmunzeln herauszuzubarn, welches das Plenum erfüllte, als Prof. Schmid in ironisierender Konzilianz dem Kanzler für die freundliche Erwähnung seiner Mitarbeit am Grundgesetz dankte, wofür er sich verpflichtet hielt, auch den Kanzler in seiner Rede zu erwähnen und ihm zugleich bescheinigte, dass er nur unvollständig zitiert habe. Schmid focht Florett - er hatte leider keinen ebenbürtigen Gegner.

+

Die Tribünen waren überfüllt. Auch die Regierungsbank war zeitweilig voll besetzt. Ausser dem Kanzler, der die Sitzung fast völlig durchhielt, war nur ein Minister fast dauernd anwesend. Es war sicher

nicht das dominierende Interesse seines Ressorts, das ihn dort festhielt. Man sieht ihn auch sonst häufig im Plenum. Aber immer sitzt er einsam - am äussersten Ende der Bank an der Wand. Weitab vom Kanzler, Symbol der Verlassenheit und der Verlorenheit seiner Aufgabe - Flüchtlingsminister Lukaschek. So personifiziert er in stiller unauffälliger Bescheidenheit die Stellung des Flüchtlingsproblems und des Lastenausgleichs in der Politik dieser Regierung.

+

Ja, es gibt eine Rangordnung, eine augenfällige, auf der Regierungsbank. Von der Mitte des Hauses her kommt erst der militärtechnisch interessierte Kanzler, neben sich seinen Staatssekretär, dann Blücher, Vizekanzler und Verwalter des Einkommens aus dem Ausland, dann kommt Lehr, ein alter Freund des Kanzlers aus der Zeit des rheinischen Separatismus und schliesslich die so unscheinbar und doch repräsentativ vertretenen Finanzen. Hier sitzt ein Minister, Schäffer, der trotz aller sachlichen Gegensätze zu ihm und seinem Ressort grösste Achtung im Hause genießt. Neben ihm thront der personifizierte, überbetonte Optimismus, der Wirtschaftsminister, und dann kommen die "ferner liefen": ein Storch, ein Wildermuth, Hellwege, Dehler usw. Man kann es auch anders schildern. Zuerst kommen die Vertreter der Montanunion und des Wehrbeitrags, dann kommt die Polizei, die Finanzen, die Wirtschaft, viel später das Recht, der Wohnungsbau und ganz zuletzt die Vertriebenen.

+

Der Kanzler hat keine besonders anspruchsvolle und ansprechende Reden gehalten. Ollenhauer bezeichnete sie als ausgesprochene Enttäuschung und Carlo Schmid stellte ausserdem fest, dass die juristischen Richtenspanner des Kanzlers seinen Karabiner mit Platzpatronen geladen hätten. Umso mehr atmete man in der Regierungskoalition auf, als CDU-Generalsekretär Strauß nach Ollenhauer eine wirksamere Rede hielt, deren leitende Gedanken den alten preussischen Militärschriftstellern entlehnt waren, insbesondere Clausewitz.

+

Auch der Bundestagspräsident Ehlers begab sich für eine Redezeit als Abgeordneter auf das Podium und hielt eine wohlgesetzte, reichlich mit religiösen Vorstellungen gewürzte Rede. Es wirkte peinlich, den lieben Gott mit in die Verantwortlichkeit menschlicher Unzulänglichkeiten gezogen zu sehen, die sich in letzter Konsequenz bis zum Völkermord steigern können. Das Segnen der Kanonen hat einmal der Kirche viel Abbruch getan, zumal nicht unbekannt blieb, dass sie jeweils auf der anderen Frontseite ebenfalls gesegnet wurden. Ehlers wagte nichts anderes als den Versuch, die auch von seinem Freund Heinemann unberechtigt in die Wehrdebatte einbezogene Religiosität - das Gefühlsmoment - für den Wehrbeitrag zu mobilisieren. Es wäre wohl besser, man bliebe bei den Realitäten. Im Ernstfall lösen sich kriegerische Auseinandersetzungen doch nur nach dem Gesetz der stärkeren Bataillone auf.

+

Es wurde viel nach draussen geredet, an die Adresse der Millionen Rundfunkhörer. Loritz zum Beispiel, der nach seiner Rede im Foyer in ein Streitgespräch mit bayerischen Abgeordneten verwickelt war, wobei sie zu klären suchten, ob sie nun vollgefressen oder mehr versoffen aussähen, fragte besorgt, "Sagen's, is während meiner Red' abgeschaltet worden?" Er erhielt die wütende Antwort: "Leider net".

Dieses "Leider net" traf für viele Redner zu, denn man war sich anscheinend nicht immer darüber im klaren, dass die Aufgabe der Abgeordneten gewesen wäre, nicht Versammlungsgarden, sondern echte Argumente vorzutragen. In diesem Punkte also haben sich viele für eine Direktübertragung als noch nicht reif erwiesen.

+ + +

Sowjetzonale Einheitspraxis

Vor fast 1/2 Jahr wandte sich eine ältere Dame in einer sowjetzonalen Großstadt mit der Bitte an die Volkspolizei, ihr einen Interzonenpass auszustellen, weil ihre im Westen lebende Tochter ein Kind erwarte. Ein amtsärztliches Attest war dem Antrag beigelegt worden.

Daraufhin kam vor einigen Tagen, also nach fast fünf Monaten, die nachfolgende Antwort der Volkspolizei:

"Betrifft Ablehnung eines Interzonenpasses.
 Die amerikanischen Imperialisten und ihre Hauptverbündeten, die fluchbeladenen deutschen Imperialisten haben fortwährend Massnahmen ergriffen, um die Einheit Deutschlands zu sabotieren. Darum muss bei privaten Interzonenreisen ein strenger Maßstab angelegt werden. Ihren Antrag können wir deshalb nicht genehmigen. Es liegt an Ihnen, durch Ihr mutiges Eintreten für die gerechten Ziele aller friedliebenden, guten Menschen, dass die verbrecherischen Interzongrenzen bald fallen.

gez. Unterschrift"

Wahrhaftig, dieser Zynismus ist nicht mehr zu überbieten. Die amtlichen Stellen in der Sowjetzone überschlagen sich vor Ergebenheit und Liebedienerei. Jeder "Staats-Funktionär" hat nur noch das eine Bestreben, seine Linientreue ständig zu beweisen, um den Ulbrichten gegenüber "in Ehren" bestehen zu können. Der Mensch, der einfache deutsche Staatsbürger, der das Unglück hat, in der sowjetischen Zone leben zu müssen, ist dabei nebensächlich. Er spielt in einem kommunistischen Staat keine Rolle. Über ihn setzt man sich je nach Belieben hinweg. Er ist nicht mehr als eine Nummer.

K.H.B.

+ + +

Internationale Sozialisten tagen in Frankfurt

(sp) Die sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa hält ihren 5. europäischen Kongress in Frankfurt vom 15.-17. Februar ab.

U.a. haben folgende Persönlichkeiten zugesagt: Spaak, De Housse, Finnet (Belgien), Kees Vorrink, van der Goes van Naters, Alfred Mozer (Holland), Lombardi und Spinelli (Italien), Guy Mollet, André Philip (Frankreich).

Die Tagesordnung sieht u.a. vor:

- a) Tätigkeitsbericht
- b) Für eine europäische Linke (André Philip)
- c) Europäische Gegenwartsfragen
 Wirtschaftliche Einheit
 Gemeinschaft der Verteidigung
 Supernationale politische Autorität
 (Berichterstatter Dr. Brill und Gerard Cosay)
- d) Wahl des internationalen Exekutiv-Ausschusses.

 Verantwortlich: Peter Raunau